

# **EUROPÄISCHE RUND- SCHAU**

Vierteljahresschrift  
für Politik, Wirtschaft  
und Zeitgeschichte

37. Jahrgang € 8,-

**Anmerkungen zu 1989**

**Heinz Fischer**

**NATO-Erweiterung – wohin?**

**Anton Bebler**

**Die Ostwirtschaft und Österreich**

**Reinhard Engel**

**Budgetpolitik in der Krise**

**János Kornai**

**Ein Revolutionär der Mitte**

**Helmut L. Müller**

---

Weitere Beiträge von Friedrich Bauer, Rudolf Bretschneider, Burkhard Bischof, Emil Brix, Erhard Busek, Hugo Büttler, Otmar Lahodynsky, Sylvia M. Patsch, Joana Radzyner, Manfred Scheuch, Walter Schilling, Gregor Schusterschitz, Franz Vranitzky, Helmut Wohnout, Gregor Woschnagg

**2009/2**

CHEFREDAKTEUR	<b>Paul Lendvai</b>	
HERAUSGEBERKOMITEE	<b>Walter Rothensteiner, Vors. Erich Hampel, Stv. Erhard Busek Heinz Fischer</b>	<b>Christoph Leitl Paul Lendvai Josef Taus Herbert Tumpel</b>
KURATORIUM	<b>Klaus Liebscher, Vors. Günter Geyer, Stv. Hannes Androsch Rudolf Gruber Michael Häupl Albert Hochleitner Christian Konrad Peter Mitterbauer Alois Mock Wolfgang Ruttenstorfer</b>	<b>Herbert Schimetschek Guido Schmidt-Chiari Wolfgang Schüssel Karl Schwarzenberg Veit Sorger Karl Stoss Hannes Swoboda Andreas Treichl Franz Vranitzky</b>
ANZEIGEN UND VERWALTUNG	Herold Druck und Verlag AG A-1030 Wien, Faradaygasse 6 Telefon 01/795 94-0 Telefax 01/795 94-170	
HERAUSGEBER REDAKTION	Verein »Europäische Rundschau« Beide A-1010 Wien, Ebendorferstraße 6/4 Telefon 01/408 34-00 Telefax 01/408 34 00-11 e-mail: europ.rundschau@eunet.at	
MEDIENINHABER	Herold Druck und Verlag AG A-1030 Wien, Faradaygasse 6	
HERSTELLER	Herold Druck und Verlag AG, Wien Verlags- und Herstellungsort Wien	
Ab sofort sind wir auch online erreichbar unter <a href="http://www.europaeische-rundschau.at">www.europaeische-rundschau.at</a>		
PREISE	Einzelnummer € 8,- (exkl. Porto) Jahresabonnement € 25,- (exkl. Porto) Abbestellungen sind nur zum Jahresschluß möglich, wenn sie spätestens sechs Wochen vorher schriftlich bekanntgegeben werden.	
BANKVERBINDUNG	Postsparkassenkonto Nr. 1161.498	
Auf chlorfreiem Papier gedruckt.		<b>ISSN 0304-2782</b>

## Inhalt

Wie »böse« ist der Europäische Gerichtshof?	3	<i>Gregor Schusterschitz/ Gregor Woschnagg</i>
Wie weit wird die NATO-Erweiterung gehen?	17	<i>Anton Bebler</i>
Obama – ein Revolutionär der Mitte	29	<i>Helmut L. Müller</i>
Transatlantische Beziehungen: Neuer Aufbruch?	37	<i>Walter Schilling</i>
»Weiche« Budgetbeschränkung und globale Finanzkrise	45	<i>János Kornai</i>
Osteuropas Wirtschaft: Fluch oder Segen für Österreich?	53	<i>Reinhard Engel</i>
<b>1989–2009</b>		
Anmerkungen zu 1989	63	<i>Heinz Fischer</i>
Beginn einer neuen Ordnung oder doch (noch) nicht?	71	<i>Franz Vranitzky</i>
1989: Was gelang, was fehlt für Europa?	77	<i>Erhard Busek</i>
Alois Mocks Rolle im Jahr 1989	83	<i>Helmut Wohnout</i>
1989 ist noch nicht zu Ende	89	<i>Emil Brix</i>
Um das Verständnis der Nachbarn	95	<i>Rudolf Bretschneider</i>
Von Ungarns Grenze bis zum Berliner Mauerfall	101	<i>Friedrich Bauer</i>
20 Jahre nach Polens »Rundem Tisch«	109	<i>Joana Radzyner</i>
Transformierte Medien	117	<i>Hugo Bütler</i>

## KOMPASS

Vilnius: Eine Entdeckung von europäischem Format	125	<i>Sylvia M. Patsch</i>
--	-----	-------------------------

## KRITIK

Der russische Phönix	127	<i>Burkhard Bischof</i>
Immer wieder Hitler	129	<i>Manfred Scheuch</i>
1989: »Winds of change«	133	<i>Otmar Lahodynsky</i>

---

## Autoren dieses Heftes

---

*FRIEDRICH BAUER*, ehem. Botschafter der Republik Österreich in Berlin und Moskau.

*ANTON BEBLER*, Historiker, Professor für Staatsrecht und internationale Sicherheit an der Universität Laibach, Vorsitzender des slowenischen Rates für die Europa-Bewegung.

*BURKHARD BISCHOF*, Außenpolitischer Redakteur der »Presse«, Wien.

*RUDOLF BRETSCHNEIDER*, Geschäftsführer des GfK Austria-Instituts für Marktforschung, Wien.

*EMIL BRIX*, Botschafter, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien.

*ERHARD BUSEK*, ehem. Vizekanzler der Republik Österreich, Präsident des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien.

*HUGO BÜTLER*, Publizist, ehem. Chefredakteur der »Neuen Zürcher Zeitung«, Zürich.

*REINHARD ENGEL*, Wirtschaftsjournalist und Auslandskorrespondent, Wien.

*HEINZ FISCHER*, Bundespräsident der Republik Österreich.

*JÁNOS KORNAI*, Nationalökonom, em. Universitätsprofessor, Harvard – Budapest.

*OTMAR LAHODYNSKY*, Außenpolitischer Redakteur des Wochenmagazins »Profil«.

*HELMUT L. MÜLLER*, Außenpolitischer Kommentator der »Salzburger Nachrichten«.

*SYLVIA M. PATSCH*, Literaturkritikerin, Wien.

*JOANA RADZYNER*, ORF-Korrespondentin, Warschau – Prag.

*MANFRED SCHEUCH*, Sachbuchautor und Journalist, Wien.

*WALTER SCHILLING*, Politologe, Garmisch-Partenkirchen.

*FRANZ VRANITZKY*, ehem. Bundeskanzler der Republik Österreich.

*GREGOR SCHUSTERSCHITZ*, Leiter der Rechtsabteilung an der österreichischen Vertretung zur EU, Brüssel.

*HELMUT WOHNOUT*, Leiter der Abteilung VII/1, Bundespressedienst, Bundeskanzleramt der Republik Österreich.

*GREGOR WOSCHNAGG*, ehem. Botschafter der Republik Österreich bei der EU, derzeit Konsulent des Präsidiums der Industriellenvereinigung.

Die in den Beiträgen dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder. Nachdruck und Fotokopieren nur mit besonderer Genehmigung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

---

# »Weiche« Budget- beschränkung und globale Finanzkrise

János Kornai

---

Mehr als einmal wurde der folgenden großen Sorge in den Diskussionen über die gegenwärtige Finanzkrise Ausdruck verliehen: Die Interventionen durch den Staat schmuggeln ein wenig Sozialismus in die kapitalistische Wirtschaft. Zu diesem Aspekt der Debatte möchte ich als Wirtschaftswissenschaftler, der einige Jahrzehnte mit dem Studium des sozialistischen Systems von innen her verbracht hat, einen Beitrag leisten. Ich gehe in diesem Artikel nicht auf die postsozialistische Region ein, sondern auf die übrige Welt – auch wenn ich diese mit den Augen desjenigen betrachte, der selbst den Sozialismus aus erster Hand erlebt hat.

Als im Jahr 1968 in meinem Heimatland Ungarn der Versuch unternommen wurde, einen »Marktsozialismus« in das sozialistische Wirtschaftssystem einzupflanzen, wurden die Leiter der staatseigenen Betriebe dazu angehalten, ihre Profite zu steigern. Es sollte sich für die Manager positiv auswirken, wenn ihre Betriebe Geld verdienen, da sie einen Anteil an den Profiten erhalten würden. Wenn das Unternehmen einen Verlust machte oder sich verschuldete, gab dies wenig Anlaß zur Sorge: In fast jedem derartigen Fall wurde eine Rettungsaktion gestartet. So wurde etwa eine Finanzspritze aus dem Staatshaushalt gewährt oder die staatseigene Bank gab einen Sonderkredit, ohne viel Hoffnung auf Rückzahlung des Darlehens zu haben. Verluste und Schulden waren natürlich unerfreulich, für ein Unternehmen waren sie aber keine Frage auf Leben oder Tod. Manager konnten aufgrund ihrer Erfahrung wiederholter Rettungsaktionen mehr oder weniger davon ausgehen, daß ihr Unternehmen überleben würde. Auch wenn das Profitmotiv zu Streß führte, blieb der Anreiz im Endeffekt recht schwach. Warum sollte man sich zu sehr mit Kostenreduzierungen oder Innovationen befassen, wenn keine Insolvenz drohte? Die finanzielle Lage des Unternehmens wirkte sich nicht wirklich einengend auf dessen Ausgaben, Schuldenaufnahme oder Ausweitung aus. Diesen Zustand bezeichnete ich damals als »weiche Budgetbeschränkung« (*»soft budget constraint«*).

Die weiche Budgetbeschränkung trifft jedoch nicht auf einen *Einzelfall* zu, wenn einer Firma in starken Finanznöten unter die Arme gegriffen wird. Das Syndrom taucht dann auf, wenn solche Rettungsaktionen häufig vorkommen, wenn die Manager mit einer Rettung rechnen können. Es handelt sich hier um ein mentales Phänomen, eine Erwartungshaltung bei den Entscheidungsträgern, die deren Verhalten stark beeinflusst.

Zur Vereinfachung wird oft zwischen weicher und harter Budgetbeschränkung unterschieden, wobei es graduelle Abstufungen zwischen den beiden Extremen gibt. Die von den Entscheidungsträgern des Unternehmens empfundene Budgetbeschränkung kann sehr weich, moderat weich, härter etc. sein, je nachdem, wie diese die Wahrscheinlichkeit einer Rettung subjektiv einschätzen.

Das Syndrom der weichen Budgetbeschränkung umfaßt ein Phänomen, das in der Versicherungstheorie als *subjektives Risiko* bezeichnet wird, wobei ersteres umfang- und bedeutungsreicher ist, da es einen sozialen Prozeß und einen komplexen Wirtschaftsmechanismus beschreibt. Dazu gehört nicht nur die Untersuchung jeweils einzelner Entscheidungsträger, die zur Schadensabwendung in geringerem Umfang agieren als sie könnten, weil sie mit einer Kompensation von ihren Versicherern rechnen können. Der analytische Komplex der weichen Budgetbeschränkung umfaßt eine tiefere, umfangreichere Untersuchung von Motivation, Verhalten und Wechselwirkungen einer Vielfalt von Akteuren wie Unternehmen, staatlichen Körperschaften, Finanzinstitutionen und Politikern: die gesamte Besetzung in diesem Stück. Das Syndrom der weichen Budgetbeschränkung führt zu Unverantwortlichkeit und Risiko mißachtung und macht unter den Managern den Weg zu übertriebenem Investitions- hunger und Expansionsdrang frei. Dies führt wiederum häufiger zu finanziellen Schwierigkeiten und drängenderen Rufen nach Rettung, mit anderen Worten die Budgetbeschränkung wird aufgeweicht. Das Syndrom der weichen Budgetbeschränkung wird zu einem selbsterzeugenden und -verstärkenden Prozeß.

Als ich mich anfangs mit diesem Thema beschäftigte, stellte ich die typisch weiche Budgetbeschränkung in sozialistischen Unternehmen der harten Budgetbeschränkung in klassischen kapitalistischen Firmen gegenüber. In letzteren können die Entscheidungsträger das Gefühl haben, daß sie auf sich selbst angewiesen sind. Bei chronischen Verlusten und schwindelerregenden Schulden können sie keine Hilfe erwarten und die Geschichte wird mit dem Untergang der Firma enden. Aber sogar in meinen frühen Berichten warnte ich davor, daß das Syndrom der weichen Budgetbeschränkung, auch wenn es im allgemeinen stärker im Gewebe einer sozialistischen Wirtschaft eingebettet ist, auch in einer auf Privateigentum basierenden Marktwirtschaft auftreten kann. Seit damals wurde die Theorie der weichen Budgetbeschränkung von vielen Beobachtern auf ein weites Spektrum wirtschaftlicher Situationen angewandt. Es wurde der Beweis geliefert, daß der Theorie jenseits des sozialistischen Systems ebenfalls Beachtung geschenkt werden muß.

Wenden wir uns nun kurz den Anfängen des Kapitalismus zu. Einem Schuldner, der nicht in der Lage war, seine Schuld zurückzuzahlen, drohte der Schuldenturm. In der Frühzeit des Kapitalismus war ein Konkurs mehr als ein schrecklicher materieller Schicksalsschlag, denn er machte den moralischen Ruf des Gemeinschuldners zunichte. Die Budgetbeschränkung war in jenen Tagen noch absolut hart. Die gefährlichen Folgen von Verlust und Verschuldung zwangen die Unternehmen zu extremer Vorsicht.

Die historische Entwicklung der Eigentumsbeziehungen und des Kreditsystems brachten indes allmählich wesentliche Änderungen. Das Prinzip der beschränkten Haftung erlangte Rechtsstatus und auf diesem neuen Prinzip beruhende Kapitalgesellschaften tauchten auf. Gleichzeitig wurde die bis dahin enge Verbindung zwischen der materiellen und moralischen Position von Entscheidungsträgern und dem finanziellen Zustand ihrer Unternehmen gelockert.

Mit der Trennung von Eigentum und Management schwächte sich auch die Beziehung zwischen dem individuellen Schicksal, dem Einkommen und dem Ruf der die praktischen Geschäftsentscheidungen treffenden Manager einerseits und der An- oder Abwesenheit finanzieller Schicksale ihrer Unternehmen andererseits. Die sukzessive Entwicklung des Konkursrechts bot Firmen, die in eine Schuldenspirale geraten waren, einen gewissen Schutz. Diese und andere hier nicht angeführte Veränderungen trugen zu einer stetigen Aufweichung der Budgetbeschränkung bei. Sie wurde natürlich nie so weich wie im sozialistischen System, aber dennoch kann eine Aufweichungstendenz im Laufe der Jahrhunderte festgestellt werden. Der Frühkapitalismus belohnte Erfolg reich und bestrafte Mißerfolg schwer. Im Laufe der Zeit wurde die Belohnung nicht nur aufrechterhalten, in manchen Ländern erhöhte sie sich dramatisch, während die Strafen immer geringer wurden. Diese disproportionale Veränderung hat den Anreiz für Unternehmen geschwächt, nach Effizienz zu streben und sich an Veränderungen anzupassen. Unverantwortliche Entscheidungen zur Schuldenaufnahme, Investition und Expansion wurden dadurch gefördert.

Es lohnt sich durchaus, sich diese historische Sicht vor Augen zu halten, wenn man die gegenwärtige globale Finanzkrise analysiert. Die Ausbreitung des Syndroms der weichen Budgetbeschränkung ist sowohl die Ursache als auch die Auswirkung der Krise. Ich will nicht behaupten, daß es die einzige Ursache ist: Die Situation, die zur Krise führte, wurde durch ein Bündel von Faktoren ausgelöst. Ganz bestimmt aber ist meines Erachtens die Aufweichung der Budgetbeschränkung eine der *Hauptursachen* der Krise. Durch aufeinanderfolgende Rettungsaktionen wurde die allgemeine Aufweichungstendenz in den Vereinigten Staaten und verschiedenen anderen Ländern in den vergangenen zehn oder zwanzig Jahren verstärkt. Einige Wirtschaftswissenschaftler wie Professor Chenggang Xu haben jahrelang auf eine enge Verbindung zwischen der Krise in Ostasien und früheren Rettungsaktionen hingewiesen. Diese Warnungen kamen jedoch sporadisch und hinterließen praktisch keine Wirkung.

Eine Zeitachse einiger Rettungsaktionen der jüngeren Vergangenheit sei hier in Erinnerung gerufen:

---

### **Zeitachse der Rettungsaktionen**

---

Bis jetzt habe ich keine Liste von Empfehlungen (darauf werde ich später zurückkommen) – vielmehr eine Prognose, keine Verschreibung gegeben. Man kann nicht genau sagen, in welchem Umfang und wie häufig künftige Rettungsaktionen auftreten werden, die weltweite Rettungskampagne wird aber zweifellos breiter und in größerem Umfang angelegt sein als je zuvor. Ob man will oder nicht, wird die Tendenz zur Aufweichung der Budgetbeschränkung anhalten bzw. sich verstärken. Die Unternehmensleitung wird auch immer stärker auf Rettungsaktionen setzen, wenn das Unternehmen in Schwierigkeiten gerät. Ebenso werden die Verantwortlichen lokaler Regierungen eine Aufweichung ihrer Budgetbeschränkungen erleben. Banken und

## Beispiele für große öffentliche Rettungsaktionen in entwickelten Ländern 1980–2008

Jahr	Land	Finanzsektor	Nicht-finanz-bezogener Sektor
1980	USA	First Pennsylvania Bank Gemeinnützige Sparkassen	Chrysler
1981	Niederlande	Hypothekenbanken: WUH, FGH	
1982	Italien	Banco Ambrosiano	
1983	USA	Bankinsolvenz während der Schuldenkrise	
1984	USA	Continental Illinois National Bank and Trust company	Holzindustrie
1989	USA	Sparkassenkrise	
1992	Schweden	Schwedische Bankenkrise	
1993	Frankreich	Crédit Lyonnais	
	Japan	Japanische Bankenkrise	
1994	Mexiko	Mexikanische Krise	
1995	GB/Frankreich		Eurotunnel
1996	Frankreich	Crédit Foncier, CIC, GAN	
	Italien	Banco Napoli	
1997	Ostasien	Ostasiatische Krise	
1998	Russland	Russische Krise	
	USA	Langfristiges Kapitalmanagement	
1999	Österreich	Bank Burgenland	
	Brasilien	Brasilianische Krise	
2000	Thailand	Krung Thai Bank	
2001	Argentinien	Argentinische Krise	
	Deutschland		Philipp Holzmann AG (Bausektor)
	USA		Luftfahrtindustrie
	Türkei	Türkische Krise	
2002	Italien		Fiat (Iveco)
	GB		Railtrack
2003	Frankreich		Alstom (Anlagen, Betriebssysteme)
2004	Frankreich		Bull (IT Unternehmen)
	Deutschland	Bankgesellschaft Berlin	
2006	Österreich	BAWAG	
2005	Frankreich		Imprimerie Nationale (Druckindustrie)
2007	Deutschland	IKB Bank, Sachsen LB	
	GB	Northern Rock	
2008	Belgien	Fortis, Dexia, KBC	
	Frankreich	Dexia, Crédit Agricole, Société Générale, BNP Paribas	
	Deutschland	West LB, IKB, Bayerische LB, Commerzbank, Hypo Real Estate	
	Irland	Bank of Ireland, Allied Irish	
	Luxemburg	Fortis, Dexia	
	Niederlande	Fortis, ING	
	Schweiz	USB	
	GB	Lloyds TSB, HBSO, RBS	
	USA	AIG, Bank of America, Bear Stearns, Citigroup, Goldman Sachs, Wells Fargo und 25 weitere Institutionen erhielten Unterstützung von jeweils mehr als 1 Milliarde \$	Chrysler, General Motors

andere Finanzinstitutionen können sich besonders sicher fühlen, daß ihr Überleben garantiert wird. Es wird aber auch gute Rettungsaussichten für in die Verlustzone geratene oder insolvente Unternehmen geben, die nicht dem Finanzsektor angehören, aber eine Schlüsselposition in der Wirtschaft und/oder gute Kontakte zu Politikern haben, die die Entscheidungshoheit über Rettungsaktionen innehaben. Rettungspakete für Banken implizieren in der Mehrzahl der Fälle auch indirekt die Rettung von Firmen, die nicht in der Lage sind, ihre Schulden zurückzuzahlen.

Bevor ich von der Prognose zu den praktischen Fragen der Wirtschaftspolitik übergehe, möchte ich mich noch kurz mit der Frage befassen, die ich eingangs gestellt habe. Bewegt sich der Teil der Welt, der nie unter einem sozialistischen System gelebt hat, wirklich auf den Sozialismus zu? Dies kann nicht einfach mit ja oder nein beantwortet werden.

Der Kapitalismus entwickelte sich durch einen organischen Wachstumsprozeß allmählich aus der prä-kapitalistischen Umgebung. Als kapitalistische Formen die Wirtschaft dominierten, nahm auch der Einfluß von Unternehmen auf die Politik zu. Der Sozialismus sickerte hingegen nicht allmählich in das gesellschaftliche Gefüge im zaristischen Rußland oder im China nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Unter speziellen historischen Bedingungen wurde die kommunistische Partei in die Lage versetzt, die politische Macht zu ergreifen, die Kontrolle der Staatsmaschinerie zu übernehmen und dann der Gesellschaft durch staatliche Gewalt das sozialistische Wirtschaftssystem *aufzuzwingen*. Jedes Mittel wurde eingesetzt, auch erbarmungslose Repression. Der Entwicklungsprozeß des sozialistischen Systems begann im Gegensatz zu jenem des kapitalistischen Systems auf politischer, nicht auf wirtschaftlicher Ebene.

Wie viele Rettungspakete auch geschnürt werden mögen, wie sehr die Budgetbeschränkung auch aufgeweicht werden möge, die Gefahr, daß der Sozialismus *in diesem Sinne* wiederkehrt, besteht nicht – und das ist die wichtigste Aussage. Es ist vollkommen sinnlos, dieses Ungeheuer in den Vereinigten Staaten, in Westeuropa oder in anderen entwickelten Ländern an die Wand zu malen, wo die Demokratie tief verwurzelt ist. Es mag wohl Zeiten geben, in denen die öffentliche Unzufriedenheit stärker und weiter verbreitet ist als in anderen, ruhigeren Perioden mit mehr Wohlstand. Aber nur unverbesserliche Revolutionäre, die sich selbst einer Täuschung hingeben, glauben, daß eine solche Unzufriedenheit die Fundamente des Systems untergraben kann. Eine derartige Vorhersage zeigt, daß die Geschichte des kommunistischen Systems nicht verstanden wurde.

Die Gefahr einer Revolution stellt jedoch in jenen Ländern eine größere Bedrohung dar, wo es keine Demokratie gibt oder diese nicht tief verwurzelt ist. Dies trifft insbesondere dort zu, wo die Menschen nie erfahren haben, wie es ist, unter einem sozialistischen System zu leben, und einflußreiche Politiker und Intellektuelle naive Vorstellungen von Sozialismus haben. Dort kann die Unzufriedenheit der Massen zu Gewaltausbrüchen und sogar zur sozialistischen Machtübernahme führen. Dies kann vielleicht in einigen lateinamerikanischen Ländern, vielleicht anderswo der Fall sein. Und wo diese Gefahr wirklich droht, dort sollten wirtschaftliche Entscheidungsträger und die Geschäftswelt alles daransetzen, die Ursachen der Unzufriedenheit zu mildern, auch auf Kosten einer gewissen Effizienz und des wirtschaftlichen Erfolgs in der Zukunft. In diesen bedrohten Regionen sollte eine radikale Verhärtung der Budgetbeschränkung nicht in Betracht gezogen werden.

Kehren wir nun zur Region der entwickelten, demokratischen Länder zurück. Sie müssen die Einführung eines sozialistischen *Systems* nicht fürchten – für mich ist dort ein gewaltsamer Umsturz der bestehenden politischen Struktur sehr unwahrscheinlich. Meines Erachtens ist es aber durchaus möglich, daß Phänomene, die zu den Hauptattributen des sozialistischen Systems gehörten, im kapitalistischen System in Erscheinung treten und sich etablieren könnten. *Nur in diesem Sinne* kann und wird eine Aufweichung der Budgetbeschränkung, die bis dato als Charakteristikum des Sozialismus oder des Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus angesehen wurde, in einer auf Privateigentum basierenden Marktwirtschaft möglich sein.

Was aus der bis jetzt angestellten positiven Analyse und Prognose *nicht* folgt, ist eine einfache, normative Behauptung folgender Art: Beendigung der Rettungsaktionen und Verhärtung der Budgetbeschränkung um jeden Preis. In einem Artikel wandte sich Larry Summers gegen die »Fundamentalisten eines subjektiven Risikos«, und ich stimme ihm zu. Es ist nicht meine Absicht, hier eine fundamentalistische Predigt zu halten. Ich distanziere mich in aller Form von jenen, die raten, daß unter diesen Bedingungen alle Banken, Finanzinstitutionen und Firmen, die die Krise nicht meistern können, dem Untergang preisgegeben werden sollen. Ebenso wenig werde ich darlegen, welche Finanzinstitution oder Firma gerettet werden soll und unter welchen Bedingungen, vielmehr beschränke ich mich auf einige Anmerkungen und Beobachtungen.

Ich habe das Gefühl, daß die öffentliche Polemik in einer Debatte über unmittelbare Lösungen für ein unmittelbares Problem auf der Stelle tritt. Dies ist meines Erachtens unvermeidbar und muß im Mittelpunkt des Interesses stehen, dennoch könnte es durchaus lohnend sein, sich zumindest Gedanken über einen Vergleich des Sozialismus mit dem Kapitalismus im Lichte der geschichtlichen Entwicklung zu machen.

Ich bin kein politischer Entscheidungsträger. Meine Aufgabe als Wissenschaftler und Analytiker entspricht der eines medizinischen Beraters. Es müssen eine Diagnose erstellt und mögliche Therapien ins Auge gefaßt werden. Das Syndrom der weichen Budgetbeschränkung kann mit einer Krankheit verglichen werden, für die es keine vollständige Heilung gibt. Dies muß dem Patienten mitgeteilt werden. Es ist aber möglich, mit der Krankheit zu leben und deren Folgen zu mildern. Mehrere Therapien können in Betracht gezogen werden. In solchen Fällen hat der Arzt die Pflicht, objektiv über die Auswirkungen jeder dieser Therapien zu berichten, über ihre Wirkungen und Nebenwirkungen zu informieren. Diese Pflicht wird von Ökonomen vernachlässigt, die eine einseitige Erklärung von Rettungsaktionen und anderen Mitteln staatlicher Wirtschaftsintervention geben.

Es gibt einige weitverbreitete wirtschaftliche Ansichten, die Illusionen begünstigen. Dies läßt sich mit einem Arzt vergleichen, der einem Patienten vollkommene Genesung verspricht, der aber keine Chance dazu hat. Solche Wundererwartungen heften sich gerade an die Regulierung. Es stimmt nicht, daß das ganze Problem entstand, weil die Regulierung gelockert wurde, auch wenn dies ein signifikanter Faktor war. Eine strengere Regulierung würde eine Aufweichung der Budgetbeschränkung nicht stoppen, die zu einem exzessiven Hunger nach Krediten, zum Eingehen unverantwortlicher Risiken und zu einem Expansionsdrang führt. Der Sozialismus, insbesondere in seiner späteren, stärker differenzierten Phase, hat bewiesen, daß nicht einmal die beste *Regulierung* einen geeigneten positiven oder negativen, lukrativen oder

bestrafenden *Anreiz* ersetzen kann. All jene von uns, die unter einer sozialistischen Befehlsgewalt gelebt haben, haben erfahren, daß sogar die ausgeklügelteste Regulierung umgangen werden kann. Jeder regulatorische Trick kann pariert werden. Ungarn könnte viele Menschen mit dem Talent zum Umgehen von Regeln exportieren. Ganz eindeutig ist eine bessere Regulierung als ein therapeutisches Mittel vonnöten, zu viel darf man sich aber nicht davon erwarten.

Mir fehlt es bei dieser Debatte an Objektivität. Jene, die sich (berechtigterweise) für Rettungsaktionen aussprechen, sprechen nur von deren Bedarf und Nützlichkeit, nicht aber von den schädlichen Auswirkungen, die ich in diesem Artikel beschrieben habe. Der Arzt, den ich hier als Beispiel angeführt habe, hat eine Pflicht zu erfüllen, wenn er einem Patienten mit akuter Entzündung eine Steroidbehandlung empfiehlt: Er muß ihn aber auch auf die vielen Gefahren einer Behandlung hinweisen, deren Nebenwirkungen sich verstärken, wenn die Behandlung verlängert wird. Und dennoch kann der Arzt sie in diesem Fall trotzdem empfehlen. Wir Wirtschaftswissenschaftler sollten dasselbe von uns verlangen.

Auf der anderen Seite der Debatte sehe ich eine ebensolche Voreingenommenheit. Zu Recht werden Vorbehalte geäußert oder häufig überbewertet. Und dennoch wird nichts über die potentiell katastrophalen *Spill-over*-Effekte gesagt, wenn der Zusammenbruch einer Finanzinstitution oder eines Unternehmens nicht verhindert werden kann.

Die Debatte wird von politischen und ideologischen Grabenkämpfen bestimmt. Links oder rechts, konservativ oder liberal, republikanisch oder demokratisch – für viele entscheiden diese unterschwelligten Einstellungen schon vorab, welchen der gegensätzlichen Argumente sie folgen und vor welchen sie die Ohren verschließen.

Über die Details der immer häufiger vorgebrachten Rettungspläne bin ich nicht gut genug informiert, ich habe aber das Gefühl, daß ihnen allen ein Nachteil anhaftet. Sie wenden nicht rigoros genug das Prinzip an, wonach jene, die für die finanzielle Schwierigkeit in dem Unternehmen oder in der Institution verantwortlich sind, einen hohen persönlichen Preis zahlen sollten. Wenn die Budgetbeschränkung nicht mehr wirklich hart ist – wenn das Prinzip »der Gewinner gewinnt, der Verlierer verliert« nicht mehr automatisch zutrifft –, dann sollten wir zumindest versuchen, diese Wirkung in gewissem Maß zu simulieren. Die Schuldigen, die eine Bank oder ein Unternehmen in Schwierigkeiten gebracht haben, sollten nicht weiter großzügige Gehälter beziehen oder hohe Abfindungen erhalten, wenn sie das Unternehmen verlassen und anderswo ähnlich lukrative Stellen finden, ohne daß ihr Ruf ernsthaften Schaden erlitten hätte. In manchen Fällen wurden in den Vereinigten Staaten und in Frankreich Schritte in diese Richtung unternommen, diese können aber nur als seltene Ausnahmen angesehen werden. Bei jenen Sensationsfällen sollte lediglich verhindert werden, daß mit offensiver Arroganz enorme Bonuszahlungen zugebilligt werden. Nirgendwo wurde aber der Vorschlag gemacht, daß die für die Schwierigkeiten Verantwortlichen sich an den Verlusten der Bank oder des Unternehmens beteiligen sollten, so wie sie in guten Zeiten an den Gewinnen beteiligt waren.

Eines der größten Probleme im Sozialismus war, daß der – positive wie negative – Karriereverlauf der Mitglieder der Wirtschaftseliten nicht von ihren wirtschaftlichen Leistungen, sondern von Verbindungen und politischer Unterwürfigkeit abhing. Wir sollten uns nicht damit abfinden zu beobachten, wie sich dieser wohlbekannte Aspekt des Sozialismus weiter innerhalb der Marktwirtschaft ausbreitet. Gesetzliche Prozes-

se, Gesetzgebung und individuelle Maßnahmen von Beamten und Institutionen staatlicher Regulierung sollten eine engere Verbindung zwischen guter oder schlechter Leistung und dem Erfolg oder Mißerfolg in Managerkarrieren sicherstellen. Viel strengere Verhaltensnormen sollten Geschäftsteilnehmern, beruflichen Institutionen und Gemeinden auferlegt werden, aber auch der Presse, die die öffentliche Meinung prägt. Dies wird die Aufweichung der Budgetbeschränkung zwar nicht ausschließen, aber deren Nebenwirkungen werden weniger schädlich sein.